

Vorlage Stadtparlament

Datum 13. März 2025
Beschluss Nr. 227
Aktenplan 152.15.10 Stadtparlament: Motionen

Ausübung von Nebenbeschäftigungen; Nachtrag IX zum Personalreglement

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der beiliegende Nachtrag IX zum Personalreglement vom 21. Februar 2012 (PR; SRS 191.1) wird genehmigt.
2. Die Motion «Ausübung von Nebenbeschäftigungen von öffentlich-rechtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern» wird als erledigt abgeschrieben.

1 Ausgangslage

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) reichte am 21. September 2021 eine Motion «Ausübung von Nebenbeschäftigungen von öffentlich-rechtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern» beim Stadtparlament ein. In der Motion wurde unter anderem festgehalten, dass die GPK im Rahmen der Rechnungsprüfung 2020 festgestellt habe, dass betreffend Bewilligungspflicht der Ausübung von Nebenbeschäftigungen im Stadtrat unterschiedliche Rechtsauffassungen bestünden.

Gemäss geltendem Personalreglement (PR; SRS 191.1) sei die Ausübung von Nebenbeschäftigungen nur unter gewissen Voraussetzungen bewilligungspflichtig: Die Nebenbeschäftigung muss regelmässig, mit Einkommen verbunden oder zeitlich stark beanspruchend sein (Art. 29 PR). Zur letzten Voraussetzung ist im Vollzugsreglement zum Personalreglement (VZP; SRS 191.11) erwähnt, dass die Bewilligung einer regelmässigen Nebenbeschäftigung, mit der ein Einkommen verbunden ist, in der Regel verweigert wird, wenn bei vollzeitlicher Anstellung die durchschnittliche Beanspruchung durch die Nebenbeschäftigung fünf Stunden pro Woche übersteigt (Art. 12 VZP).

Offenbar obliege es, so die GPK, der betroffenen Mitarbeiterin und dem betroffenen Mitarbeiter allein, darüber zu entscheiden, wann die Voraussetzungen zur Bewilligung erfüllt seien. Seien die Voraussetzungen aus Sicht der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters (auch in guten Treuen) nicht erfüllt, ist die Nebentätigkeit ohne Bewilligung zulässig.

Würde die betroffene Mitarbeiterin oder der betroffene Mitarbeiter aber das Bewilligungsverfahren durchlaufen, wäre es dem Stadtrat erlaubt, Tätigkeiten zu untersagen, wenn diese mit der Verwaltungsaufgabe nicht vereinbar seien. Gerade bei leitenden Verwaltungspersonen sei das geltende Recht damit lückenhaft und führe zu einem stossenden Ergebnis. Auch sei die Rechtsgleichheit des

Verwaltungspersonals betroffen: Eine Person, die das Bewilligungsverfahren (freiwillig) durchlaufe, würde allenfalls einem strengeren Massstab unterstellt als eine Person, die zum Schluss komme, dass die Tätigkeit nach ihrem eigenen Ermessen nicht bewilligungspflichtig sei.

Mit Vorlage Nr. 1074 an das Stadtparlament vom 16. November 2021 beantragte der Stadtrat dem Stadtparlament, die Motion «Ausübung von Nebenbeschäftigungen von öffentlich-rechtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern» mit folgendem unveränderten Wortlaut erheblich zu erklären:

«Die GPK ersucht den Stadtrat, das Personalreglement in diesem Sinne zu überarbeiten und rund um die Nebenbeschäftigungen ein angepasstes, modernes Reglement auszuarbeiten, welches potenzielle Interessenkonflikte adressiert und die oben erwähnten Missstände ausräumt. Allenfalls sei bei der Ausarbeitung eine Differenzierung zwischen Kadermitarbeiterinnen und Kadermitarbeitern und übrigem öffentlich-rechtlichen Verwaltungspersonal vorzunehmen. Allenfalls kann auf die Ausstandsgründe gemäss Art. 7 ff. VRG (sGS 951.1; Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege) verwiesen werden.

In die Überarbeitung ist auch zu integrieren, wie die Stadt als Arbeitgeberin mit Beteiligungen (z. B. Aktien/Stammanteilen) sowie Mandaten (z. B. Verwaltungsrat, Vorstand) von öffentlich-rechtlich angestellten Personen umgehen will.»

An seiner Sitzung vom 11. Januar 2022 stimmte das Stadtparlament dem oben genannten Antrag des Stadtrates (51:0 Stimmen, keine Enthaltungen) zu.

2 Umsetzung Motionsauftrag

2.1 Allgemeines

Im Mittelpunkt dieser Vorlage steht die Konkretisierung der mit der Motion erwarteten Reglementsanpassungen auf Stufe des Personalreglements. Wo angezeigt, werden zudem auch die Änderungen auf untergeordneter Erlassstufe (Vollzugsreglement zum Personalreglement) erwähnt. Gegenstand des vorliegenden Nachtrags sind die Ausübung von Nebenbeschäftigungen, Beteiligungen sowie – aufgrund ihrer thematischen Nähe – auch die Ausübung von öffentlichen Ämtern.

2.2 Ausübung von Nebenbeschäftigungen

Gemäss geltendem Recht ist für die Ausübung einer regelmässigen Nebenbeschäftigung, mit der ein Einkommen verbunden ist oder die zeitlich stark beansprucht, die Bewilligung des Stadtrats einzuholen (Art. 29 PR). Somit steht es im Ermessen der betroffenen Mitarbeitenden, ob eine Bewilligung eingeholt werden muss. Im Rahmen der vorliegenden Nachträge soll die Nebenbeschäftigung umschrieben und neu ein zweistufiges Verfahren (Melde- und Bewilligungsverfahren) zur Einholung einer Bewilligung zur Ausübung einer Nebenbeschäftigung eingeführt werden.

Die Mitarbeitenden müssen grundsätzlich sämtliche Ausübungen von regelmässigen Nebenbeschäftigungen, die entschädigt werden, der Anstellungsinstanz vor Aufnahme der Nebentätigkeit melden. Anschliessend entscheidet diese im Einvernehmen mit den Personaldiensten, ob ein Bewilligungsverfahren durchgeführt werden muss.

Ein Bewilligungsverfahren muss nur durchgeführt werden, falls die Nebenbeschäftigung von der Art oder dem Umfang her mit dem Arbeitsverhältnis nicht vereinbar sein könnte. Damit ist zu erwarten,

dass sich in der überwiegenden Mehrheit der Fälle der Aufwand für die Mitarbeitenden in der Meldung, derjenige der Anstellungsinstanz und der Personaldienste in der Sichtung, kurzen Prüfung und Ablage der Meldung im Personaldossier beschränkt. Die Zusammenarbeit der Anstellungsinstanz mit den Personaldiensten soll sicherstellen, dass ein gleicher Prüfungsmassstab angewendet und die Rechtsgleichheit gewahrt wird.

Eine allfällige Bewilligung wird durch die Anstellungsinstanz im Einvernehmen mit den Personaldiensten erteilt. Der Stadtrat kommt nur in denjenigen Fällen ins Spiel, in welchem ein Einvernehmen zwischen Anstellungsinstanz und Personaldiensten nicht erreicht werden konnte.

2.3 Übernahme leitender Funktionen in juristischen Personen und Unternehmen mit wirtschaftlichem Zweck

Die Übernahme leitender Funktionen in juristischen Personen und Unternehmen mit wirtschaftlichem Zweck findet als besondere Unterart der Nebenbeschäftigung neu explizit Erwähnung im Personalreglement. Dies wegen der thematischen Nähe zu den Beteiligungen, und weil eine Übernahme derartiger Funktionen zu Unvereinbarkeit mit dem städtischen Arbeitsverhältnis führen kann, wenn die Funktion einen Zusammenhang mit der amtlichen Aufgabe aufweist.

Analog zu den sonstigen Nebenbeschäftigungen ist die Übernahme derartiger Funktionen neu meldepflichtig, damit Anstellungsinstanz und Personaldienste vorab davon Kenntnis erhalten und eine Bewilligungspflicht prüfen können. Letztere wird jedoch nur in einer Minderheit der Fälle angezeigt sein.

2.4 Beteiligungen

Die allgemeine Treuepflicht der Mitarbeitenden bezweckt, die Funktionstüchtigkeit der Stadtverwaltung zu sichern, und so das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Stadtverwaltung zu stärken. Die Mitarbeitenden müssen demgemäss einerseits tun, was die Interessen der Stadt fördert, und andererseits unterlassen, was diese beeinträchtigt.

Die Treuepflicht erstreckt sich auch auf das Verhalten der Mitarbeitenden ausserhalb ihrer dienstlichen Tätigkeit. Welche Beschränkungen sich aus der Treuepflicht für das Verhalten ausser Dienst ergeben, hängt grundsätzlich von der konkreten Tätigkeit ab: Je näher eine Tätigkeit zum Bereich der Leitungsaufgaben gehört und die Stadt repräsentiert, desto höher sind die Anforderungen an das ausserdienstliche Verhalten, damit Glaubwürdigkeit und Funktionstüchtigkeit der Verwaltung nicht beeinträchtigt werden.

Grundsätzlich folgt bereits aus der allgemeinen Treuepflicht, dass die Mitarbeitenden keine massgeblichen Beteiligungen halten dürfen, welche die Interessen der Stadt beeinträchtigen könnten. In Konkretisierung dieser allgemeinen Treuepflicht wird festgehalten, dass die massgebliche finanzielle Beteiligung an juristischen Personen und Unternehmen mit wirtschaftlichem Zweck meldepflichtig ist. Die Hürde für eine massgebliche Beteiligung wird dabei bewusst hoch, bei mindestens einem Drittel des Vermögens der juristischen Person, angesetzt. Wenn die Meldepflicht für Beteiligungen zu niedrig angesetzt wird, führt dies zu vielen Meldungen. Dies verhindert eine gezielte und effiziente Kontrolle und erhöht dabei den Verwaltungsaufwand unnötig. Eine Bewilligungspflicht für Beteiligungen wird nicht festgeschrieben, da sie die persönliche Freiheit und Flexibilität der Mitarbeitenden einschränkt und als zusätzliche Kontrollinstanz über private Entscheidungen empfunden werden könnte. Dank der Meldepflicht können bei sensiblen Beteiligungen rechtzeitig geeignete Massnahmen gemäss Art. 71 ff. PR ergriffen werden.

2.5 Ausübung öffentlicher Ämter

Gemäss geltendem Recht ist für die Ausübung eines öffentlichen Amtes die Bewilligung des Stadtrats einzuholen, ausser wenn das Amt ausserhalb der Arbeitszeit ausgeübt wird und nicht erheblich belastet (Art. 28 PR). Somit liegt es auch hier im Ermessen der betroffenen Mitarbeitenden, ob eine Tätigkeit erheblich belastet bzw. eine Bewilligung eingeholt werden muss.

Aufgrund ihrer sachlichen Nähe wird die Ausübung öffentlicher Ämter vergleichbar zur Ausübung von Nebenbeschäftigungen geregelt, wobei die materiellen Kriterien der Bewilligung unverändert bleiben. Neu wird, angelehnt an den Kanton St.Gallen und die Stadt Winterthur, eine Meldepflicht und grundsätzlich auch eine Bewilligungspflicht für sämtliche öffentliche Ämter ungeachtet der Belastung des Mitarbeiters oder der Mitarbeiterin und des Beschäftigungsgrads eingeführt. Bewilligungsinstanz ist der Stadtrat, der eine Bewilligung – wie bis anhin – nur verweigern darf, wenn die Ausübung des öffentlichen Amtes mit der guten Erfüllung der Verwaltungsaufgaben nicht vereinbar ist.

Explizit geregelt wird zudem neu die bestehende städtische Praxis, wonach Mitarbeitende mit direktem Zugang zu den Mitgliedern des Stadtrats nicht dem Stadtparlament angehören dürfen.

3 Vernehmlassungen bei den Dienststellen und Verbänden

Ein erster Entwurf der Vorlage befand sich vom 31. August 2023 bis zum 2. Oktober 2023 bei den Dienststellen und Verbänden in der Vernehmlassung. Er wurde dabei überwiegend als zu bürokratisch, nicht umsetzbar und als willkürlich empfunden. Die vorgebrachten Anliegen wurden in einem zweiten Entwurf grösstenteils berücksichtigt. So sind – im Gegensatz zum ersten Entwurf – unentgeltliche Nebenbeschäftigungen nicht mehr meldepflichtig. Nebenbeschäftigungen sind nur dann meldepflichtig, wenn sie regelmässig erfolgen und entschädigt werden, wobei die Entschädigung 2'500 Franken im Jahr übersteigen muss. Des Weiteren sind die Kriterien für die Erteilung einer Bewilligung weniger streng. Eine Bewilligung ist nur noch erforderlich, sofern die Gefahr besteht, dass die Nebenbeschäftigung von der Art oder dem Umfang her mit dem Arbeitsverhältnis nicht vereinbar ist.

Der zweite Entwurf der Vorlage befand sich vom 4. Dezember 2024 bis zum 15. Januar 2025 bei den Dienststellen und den Verbänden in der Vernehmlassung. Dieser Entwurf stiess auf weniger Widerstand, und verschiedene Inputs seitens der Vernehmlassungsteilnehmenden – von einer Präzisierung des Begriffs «Unvereinbarkeit mit dem Arbeitsverhältnis» über die Streichung des wenig einschlägigen Sachverhalts «Beanspruchung von Arbeitszeit» bei Nebenbeschäftigung bis hin zur Klarstellung, dass die Unvereinbarkeit sich auf das St.Galler Stadtparlament beschränkt – konnten in der finalen Fassung berücksichtigt werden. Nicht berücksichtigt wurden dagegen die Forderungen nach einer klaren Definition der «Vereinbarkeit mit der guten Erfüllung der Verwaltungsaufgaben» bei öffentlichen Ämtern sowie nach einer generellen Meldepflicht aller Arbeitnehmenden für Nebenbeschäftigungen zu deren (Selbst-)Schutz. Im ersteren Fall sind in der Praxis keine Probleme mit der (unverändert weiter) bestehenden gesetzlichen Formulierung bekannt, und im zweiten Fall hat die erste Vernehmlassung ganz klar eine Präferenz für schlanke Lösungen gezeigt.

4 **Kommentar zu den einzelnen Bestimmungen des Personalreglements**

Art. 28 Ausübung öffentlicher Ämter

Abs. 1: Damit die Rechtsgleichheit bei der Ausübung öffentlicher Ämter gewährt werden kann, wird neu eine allgemeine Meldepflicht eingeführt. Die Mitarbeitenden müssen vor der Übernahme eines öffentlichen Amtes die Anstellungsinstanz informieren. Die Information erfolgt mittels des Formulars «Gesuch um Ausübung eines öffentlichen Amtes». Die Pflicht zur Meldung eines öffentlichen Amtes besteht unabhängig davon, ob die Tätigkeit bewilligungspflichtig ist oder nicht. Das Nichtmelden eines öffentlichen Amtes stellt eine Pflichtverletzung dar, deren Schwere im Einzelfall beurteilt werden muss.

Die Meldepflicht gilt sowohl für Vollzeit- als auch für Teilzeitmitarbeitende. Selbstverständlich ist im Rahmen eines allfälligen Bewilligungsverfahrens zu berücksichtigen, ob die Mitarbeitenden in einem Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigungsumfang tätig sind. So ist bspw. bezüglich der Annahme einer Beeinträchtigung der Arbeitsleistung bei Mitarbeitenden in einem Teilzeitbeschäftigungsumfang von 50 % mehr Zurückhaltung angezeigt als bei Mitarbeitenden in einem Vollzeitbeschäftigungsumfang.

Auf eine genauere Definition des öffentlichen Amtes wird wie bis anhin verzichtet, zumal aus der Praxis keine diesbezüglichen Probleme bekannt sind. Im Zweifelsfall empfiehlt sich eine Meldung mittels Formulars. Als Orientierungspunkt kann auch Art. 67a der kantonalen Personalverordnung (PersV; sGS 143.11) dienen, dessen sachgemässe Anwendung bei einer Regelungslücke im städtischen Personalrecht durch Art. 95 Gemeindegesetz (GG; sGS 151.2) vorgesehen ist.

Abs. 2: Öffentliche Ämter, für welche kein Amtszwang besteht, sind grundsätzlich melde- und bewilligungspflichtig. Dem Stadtrat wird jedoch die Möglichkeit eingeräumt, einzelne Ämter, die grundsätzlich mangels Amtszwang bewilligungspflichtig wären, von der Bewilligungspflicht auszunehmen. Damit können die in Art. 8 VZP geregelten Ausnahmen weitergeführt werden.

Die Anstellungsinstanz prüft zusammen mit den Personaldiensten, ob es sich um ein öffentliches Amt mit Amtszwang handelt oder nicht. Im ersten Fall oder bei Vorliegen eines sonstigen Ausnahmetatbestands wird das ausgefüllte Formular im Personaldossier abgelegt. Andernfalls beantragt die Anstellungsinstanz zusammen mit den Personaldiensten beim Stadtrat die Erteilung (oder Verweigerung) einer Bewilligung.

Abs. 3: Der Stadtrat erteilt die Bewilligung, wenn die Ausübung des öffentlichen Amtes mit der guten Erfüllung der Verwaltungsaufgaben vereinbar ist. Der Wortlaut dieser Regelung und damit auch die Bewilligungspraxis entsprechen dem bisher Gelebten.

Abs. 4: Wie bisher kann, im Sinne der Verhältnismässigkeit, eine Bewilligung mit Auflagen verbunden werden, wenn damit eine gute Erfüllung der Verwaltungsaufgabe sichergestellt und eine Verweigerung der Bewilligung verhindert werden kann. Die nicht abschliessend aufgezählten möglichen Auflagenbereiche orientieren sich an möglichen Konfliktfeldern, die mit der Ausübung eines öffentlichen Amtes einhergehen können.

Abs. 5: Neu erhält der Stadtrat explizit die Kompetenz, die bestehende städtische Praxis, wonach Mitarbeitende mit direktem Zugang zu den Mitgliedern des Stadtrats nicht dem St.Galler Stadtparlament angehören dürfen, im Vollzugsreglement zum Personalreglement zu verankern.

Auf Stufe Vollzugsreglement wird konkretisiert, welche Mitarbeitenden mit direktem Zugang zu den Mitgliedern des Stadtrats nicht dem St.Galler Stadtparlament angehören dürfen. Es ist vorgesehen, neben den Mitarbeitenden, die einem Mitglied des Stadtrats direkt unterstellt sind, auch die Mitarbeitenden der Administration der Stadtkanzlei, die Mitarbeitenden der Finanzkontrolle sowie die Abteilungs- und Bereichsleitenden und die Stabsmitarbeitenden der Dienststelle Finanzen aufzuzählen. Die Idee dahinter ist, dass die genannten Mitarbeitenden im Rahmen ihrer Arbeit bereits generell im politischen Meinungsbildungsprozess mitwirken oder diesen unterstützend begleiten und/oder deren Mitgliedschaft im Stadtparlament zu Interessen- und Loyalitätskonflikten führen könnte.

Art. 29 Ausübung von Nebenbeschäftigungen und finanzielle Beteiligungen

Abs. 1: Damit die Rechtsgleichheit bei der Ausübung von Nebenbeschäftigungen gewährt werden kann, wird neu eine allgemeine Meldepflicht eingeführt. Die Mitarbeitenden müssen vor der Übernahme einer Nebenbeschäftigung die Anstellungsinstanz informieren. Als besondere Unterart der Nebenbeschäftigung explizit meldepflichtig ist die Übernahme leitender Funktionen bei juristischen Personen und Unternehmen mit wirtschaftlichem Zweck¹. Die Information erfolgt mittels des Formulars «Gesuch um Ausübung einer Nebenbeschäftigung». Ebenso meldepflichtig ist neu die massgebliche finanzielle Beteiligung an juristischen Personen und Unternehmen mit wirtschaftlichem Zweck, die bei mindestens einem Drittel des Vermögens der juristischen Person angesetzt wird.

Die Meldepflicht besteht unabhängig davon, ob die Tätigkeit bewilligungspflichtig ist oder nicht, und gilt sowohl für Vollzeit- als auch für Teilzeitmitarbeitende. Selbstverständlich ist im Rahmen eines allfälligen Bewilligungsverfahrens zu berücksichtigen, ob die Mitarbeitenden in einem Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigungsumfang tätig sind. So ist bspw. bezüglich der Annahme einer Beeinträchtigung der Arbeitsleistung bei Mitarbeitenden in einem Teilzeitbeschäftigungsumfang von 50 % mehr Zurückhaltung angezeigt als bei Mitarbeitenden in einem Vollzeitbeschäftigungsumfang. Das Nichtmelden stellt eine Pflichtverletzung dar, deren Schwere im Einzelfall beurteilt werden muss.

Im Vollzugsreglement zum Personalreglement sollen die drei Meldetatbestände konkretisiert (und eingeschränkt) werden. Nebenbeschäftigungen sind nur dann meldepflichtig, wenn sie regelmässig erfolgen und entschädigt werden, wobei die Entschädigung 2'500 Franken im Jahr übersteigen muss². In geringerem Umfang entschädigte oder unentgeltliche Nebenbeschäftigungen sind demzufolge nicht meldepflichtig, können jedoch u. U. nachträglich einer Bewilligungspflicht unterstehen. Als Entschädigung sollen dabei, in Anlehnung an die AHV-Regelung, sowohl Lohnzahlungen als auch pauschale Spesenentschädigungen gelten, nicht jedoch effektive Spesen. Bei der Übernahme leitender Funktionen in juristischen Personen und Unternehmen mit wirtschaftlichem Zweck gelten die vorstehend erwähnten Einschränkungen für die Meldepflicht bei Nebentätigkeit – Regelmässigkeit und Entgeltlichkeit – dagegen nicht, d. h. die Meldepflicht ist grundsätzlich umfassender. Die genaue Definition von «leitender Funktion» wird der Praxis überlassen; angesichts des Regelungszwecks sollte der Kreis möglicher Funktionsträger jedoch eng gezogen werden: Eine leitende Funktion üben Führungskräfte aus, die eine strategische Position im Unternehmen innehaben. Diese müssen zwingend über

¹ Von einem wirtschaftlichen (End-)Zweck wird dabei gemäss gängiger juristischer Diktion dann gesprochen, wenn das Unternehmen einen ökonomischen Vorteil (geldwerten Nutzen) zugunsten ihrer Eigentümer erstrebt. Demgegenüber gelten (End-)Zwecke mit einer ideellen Zielsetzung (Befriedigung geselliger, sportlicher, kultureller u. ä. Bedürfnisse der Eigentümer) oder einer gemeinnützigen Zielsetzung (Befriedigung materieller oder ideeller Bedürfnisse Dritter) als nicht wirtschaftlich. Davon abzugrenzen ist der unmittelbare Zweck, den eine Unternehmen verfolgt, bspw. die Herstellung von Produkten oder das Erbringen von Dienstleistungen.

² Entspricht der Lohngrenze für geringfügige Löhne (siehe dazu <https://www.ahv-iv.ch/p/2.04.d>; Stand 05.11.2024).

erhebliche Entscheidungsbefugnisse in Bezug auf den Geschäftsverlauf und die Entwicklung des Unternehmens als Ganzes verfügen. Sie erhalten ein höheres Gehalt und tragen mehr Verantwortung³.

Auf eine Definition der Nebenbeschäftigung wird wie bis anhin verzichtet, zumal aus der Praxis keine diesbezüglichen Probleme bekannt sind und mit Art. 22 PersV i.V.m. Art. 95 GG ein – wenn auch weit gefasster – Orientierungspunkt gegeben ist. Auch die Klärung der Frage, wie «regelmässig» zu verstehen ist, wird der Praxis überlassen.

Ebenso auf Ebene des Vollzugsreglements zum Personalreglement konkretisiert wird die Meldepflicht für das Halten von Beteiligungen. Als massgebliche Beteiligungen an juristischen Personen und Unternehmen mit wirtschaftlichem Zweck sollen Beteiligungen gelten, die mindestens einen Drittel des Vermögens einer juristischen Person oder Firma umfassen. Neben einer «klassischen» 33-Prozent-Beteiligung am Kapital einer Aktiengesellschaft oder GmbH fällt bspw. auch das Mitwirken in einer im Handelsregister eingetragenen (Dreier-)Gesellschaft unter diese Bestimmung. Dieser Offenheit in der Formulierung steht, sozusagen als Korrektiv, die geforderte Beteiligungshöhe von mindestens einem Drittel gegenüber, so dass in der Praxis nur selten von einer Meldepflicht auszugehen sein wird.

Abs. 2: Gemäss neuer Konzeption ist die Nebenbeschäftigung bzw. die Übernahme leitender Funktionen bei juristischen Personen und Unternehmen mit wirtschaftlichem Zweck grundsätzlich nicht bewilligungspflichtig. Eine Bewilligung ist nur erforderlich, sofern – wie bisher – die Gefahr besteht, dass die Nebenbeschäftigung bzw. die Übernahme leitender Funktionen bei juristischen Personen und Unternehmen mit wirtschaftlichem Zweck von der Art oder dem Umfang her mit dem Arbeitsverhältnis nicht vereinbar ist. Der Wortlaut der Regelung – «von der Art oder dem Umfang der Tätigkeit her mit dem Arbeitsverhältnis nicht vereinbar» – wird unverändert aus dem geltenden Art. 29 PR übernommen, und entsprechend soll auch die bisherige diesbezügliche Bewilligungspraxis grundsätzlich weitergeführt werden, wobei die Unvereinbarkeit sowohl auf Stufe Personalreglement als auch im Vollzugsreglement zum Personalreglement konkretisiert wird. Es ist zu erwarten, dass bei der grossen Mehrheit der Nebenbeschäftigungen eine Meldung ausreichen wird.

Auf Stufe des Vollzugsreglements zum Personalreglement sollen zudem auch Nebenbeschäftigungen, bei denen sich nach deren Aufnahme eine Unvereinbarkeit im Sinne von Art. 29 Abs. 2 Personalreglement manifestiert, als bewilligungspflichtig erklärt werden. Dabei handelt es sich um Nebenbeschäftigungen, welche mangels Regelmässigkeit oder Entgeltlichkeit nicht meldepflichtig sind, aber dennoch wegen Unvereinbarkeit mit dem Arbeitsverhältnis bei der Stadt einer Bewilligung unterworfen werden. Damit werden in der Praxis namentlich diejenigen Fälle erfasst, bei denen die Anstellungsinstanz im Laufe der Zeit merkt, dass eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter durch eine nicht meldepflichtige Nebenbeschäftigung derart belastet wird, dass das Arbeitsverhältnis zur Stadt Schaden nimmt. In diesen Fällen kann die Anstellungsbehörde zusammen mit den Personaldiensten das Bewilligungsverfahren einleiten, wobei es faktisch nur darum geht, die Nebenbeschäftigung nachträglich unter Auflagen zu bewilligen oder die Bewilligung zu verweigern.

Nicht bewilligungspflichtig ist die massgebliche finanzielle Beteiligung an juristischen Personen und Unternehmen mit wirtschaftlichem Zweck. Im Sinne der Verhältnismässigkeit bleibt es hier bei einer Meldepflicht. Es ist der Anstellungsinstanz jedoch unbenommen, unter dem Titel «Treuepflicht» den

³ Vgl. unter anderem Wegleitung Seco zur Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz, Art. 9 ArGV, Höhere leitende Tätigkeit.

Dialog mit Mitarbeitenden zu suchen, welche massgebliche Beteiligungen halten, welche als nicht mit dem Arbeitsverhältnis vereinbar eingestuft werden.

Abs. 3: In Konkretisierung der Unvereinbarkeit gemäss Abs. 2 wird in Abs. 3 die Möglichkeit der Bewilligungsinstanz erwähnt, die Bewilligung mit Auflagen insbesondere betreffend Verhinderung einer übermässigen Beanspruchung von Mitarbeitenden sowie der Vermeidung von Interessenkonflikten zu verbinden. Die übermässige Beanspruchung soll zudem im Vollzugsreglement zum Personalreglement in beispielhafter Weise dahingehend konkretisiert werden, dass namentlich eine zu grosse zeitliche Beanspruchung der Mitarbeitenden oder ein Zusammenhang mit den amtlichen Aufgaben zu einer Unvereinbarkeit führen kann. Die Regelung bezüglich zeitlicher Überbeanspruchung soll sich dabei an den einschlägigen Regelungen beim Bund orientiert.

Art. 89 (neu) Ausübung öffentlicher Ämter und von Nebenbeschäftigungen

Wie gezeigt, liegt es im Bereich des Möglichen, dass gemäss geltender Rechtslage verschiedene Mitarbeitende – gerade in Teilzeitbeschäftigung – in gutem Glauben einem ungemeldeten öffentlichen Amt und/oder einer ungemeldeten Nebenbeschäftigung nachgehen. Damit diese bei Inkrafttreten des vorliegenden Nachtrags IX des Personalreglements nicht vorsorglich eingestellt bzw. unterbrochen werden muss, bis Klarheit über deren Bewilligungsfähigkeit besteht, ist eine entsprechende Übergangsbestimmung ins Personalreglement aufzunehmen. Diese stellt klar, dass bisher ungemeldete öffentliche Ämter, Nebenbeschäftigungen, die Übernahme leitender Funktionen bei juristischen Personen und Unternehmen mit wirtschaftlichem Zweck sowie die massgebliche finanzielle Beteiligung an solchen umgehend zu melden sind (Abs. 1). Dafür können diese Tätigkeiten während dem laufenden Melde- und Bewilligungsverfahren weiter ausgeübt werden (Abs. 2). Erst wenn nach Abschluss des Verfahrens feststeht, dass das öffentliche Amt, die Nebenbeschäftigung oder die Übernahme leitender Funktionen bei juristischen Personen und Unternehmen mit wirtschaftlichem Zweck nicht bewilligungsfähig ist, muss die Nebenbeschäftigung eingestellt werden.

5 Weiteres Vorgehen

Der Nachtrag IX zum Personalreglement (in Kompetenz des Stadtparlaments) und der dazugehörige Nachtrag IX zum Reglement zum Vollzug des Personalreglements (in Kompetenz des Stadtrates) mit den erwähnten neuen Regelungen sollen alle auf den 1. Juli 2025 in Kraft gesetzt werden.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber:
Manfred Linke

Beilagen:

- Nachtrag IX zum Personalreglement (PR; SRS 191.1) vom 21. Februar 2012
- Synopse zum Nachtrag IX zum Personalreglement
- Motion vom 21. September 2021